



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

03.12.01

Bäderkonzept: Vorstoss des Oberbürgermeisters
Städtische Kliniken: Entscheidungen ohne funktionsfähigen Aufsichtsrat?

Presseerklärung

1. Bäderkonzept:

Mit seinen Ausführungen zum Bäderkonzept hat der Oberbürgermeister sowohl die MitarbeiterInnen und BürgerInnen brüskiert, die in Qualitätszirkeln an einer Verbesserung der bestehenden Bäderlandschaft arbeiten, als auch die Politik, die andere Vorgaben gemacht hat. Der zuständige Dezernent kommt nicht vor.

Bei den Vorschlägen von Langemeyer handelt es sich keineswegs um neue Ideen zum Bäderkonzept. Vielmehr geht es in weiten Teilen um eine Neuauflage des alten Bäderschließkonzeptes der SPD. Seinerzeit hat das Bäderkonzept per Beschluss von CDU und GRÜNEN eine deutlich andere Weichenstellung erhalten.

Es ist zunehmend unwahrscheinlich, dass ein Spassbad wirtschaftlich betrieben werden und ein Investor gefunden werden kann, der ohne öffentliche Zuschüsse auskommt. Insofern wirkt dieser Vorschlag eher wie das Bonbon zur Ablenkung von schmerzhaften Einschnitten.

Wenn den Vereinen die Übernahme von Hallenbädern angeboten wird, ist klar, dass die Bad und Sport GmbH einspringen muss. In der Folge ist mit der Schliessung von Bädern zu rechnen, da die städtischen Zuschüsse nicht ausreichen.

Die Finanzierung des Umbaus des Frochloch-Bades zu einem Allwetterbad steht ebenso in den Sternen wie der Erhalt des Südbades, für das die Sanierungskosten viel zu niedrig angesetzt sind.

Wir prophezeien darüber hinaus, dass das Volksbad über kurz oder lang zur Disposition steht. Darauf deutet unter anderem die aktuelle Diskussion über das Verkehrskonzept im Bereich des Westfalenstadions hin.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Die von Langemeyer anvisierte Zeitschiene von 5 Jahren dient vor allen Dingen dazu, die von Schließungen betroffenen SchwimmerInnen ruhig zu halten.

2. Städtische Kliniken:

Entgegen der vor der Ratssitzung getroffenen Absprache mit der SPD-Fraktion hat diese - auf massive Intervention von Langemeyer – den Antrag der GRÜNEN, keine strukturellen und personellen weichenstellenden Entscheidungen in der Interimszeit des unvollständigen Aufsichtsrates zu treffen, letztlich abgelehnt. Langemeyer hat klar gemacht, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt und keine einzige Entscheidung zurückgestellt wird. Mit anderen Worten: Eine Privatisierung der Zentralsterilisation und andere strukturelle Maßnahmen sind unmittelbar nach Aufnahme der Arbeit als GgmbH zu erwarten. Das unterhöhlt das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen von Beginn an. zu vertreten hat das die SPD.